



Presseschau vom 09.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Sachar Prilepin: Satans voller Name lautet "Legion 'Freies Russland'" – Kiew stellt neue Wlassow-Armee auf

Kiew ruft ein Bataillon für russische Freiwillige ins Leben. Nur mit russischen Kriegsgefangenen geht das nicht. Mit wem dann? Beim Beantworten dieser Frage stößt man auf die Kehrseite des russischen Neonazismus – russische Liberale, die jüngst massenweise ins Exil gingen. ...

<https://kurz.rt.com/2wrk> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Kramatorsk: Auch ukrainische Lügen zu decken ist ein Verbrechen

Russland soll mit einer veralteten Rakete, die es nicht mehr im Arsenal hat, die Einwohner einer ukrainisch besetzten Stadt im Donbass beschossen haben. Sehr überzeugend. Aber der Westen hat ein starkes Motiv, auch dies als glaubwürdig zu verkaufen. ...

<https://kurz.rt.com/2wrv> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Der Krieg, die Kultur und ein standhafter Tänzer

Politische Stellungnahmen von Künstlern sind in normalen Zeiten eher die Ausnahme. Aber jetzt wird von ihnen Bekenntnis verlangt – zumindest, wenn sie Russen sind. Das gab es nicht einmal im ersten Kalten Krieg. Der Direktor des Bayerischen Staatsballetts verweigerte sich.

...

<https://kurz.rt.com/2wjz> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:27 (18:27) deu.belta.by: Oberstes Gericht hat NEXTA als terroristische Organisation eingestuft

Das Oberste Gericht der Republik Belarus hat auf Antrag des Generalstaatsanwalts die extremistische Organisation NEXTA samt ihrer Struktureinheiten NEXTA Live und LUXTA als terroristische Organisation eingestuft. Das geht aus einer Mitteilung der Generalstaatsanwaltschaft hervor.

Es steht fest, dass diese Organisation seit Mitte 2020 extremistische Propaganda betreibt. Außerdem hat sich diese Organisation an terroristischen Aktivitäten beteiligt. Sie suchte und rekrutierte radikalisierte Bürger für das Begehen rechtswidriger Handlungen, sie vermittelte Technologien für das Herstellen von Sprengstoffen und improvisierten Sprengkörpern, Waffen und Mitteln für Personen- und Gruppenschutz. Sie brachte den Menschen Taktiken bei, wie man den Sicherheitskräften Widerstand leistet.

„Ihre Aktivitäten führten dazu, dass auf dem Territorium unseres Landes Terroranschläge und andere extremistische Straftaten begangen wurden. Es fanden Massenunruhen statt“, so die Generalstaatsanwaltschaft.

Die Organisation NEXTA ist in Belarus ab dem 8. April 2022 verboten.

Die Generalstaatsanwaltschaft warnt alle Bürger davor, dass jede Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung eine strafrechtliche Verantwortung nach sich ziehen würde.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1649435290_60410_big.jpg

0:44 (23:44) rusvesna.su: **Sowjetische Symbole verboten: Deutschland kehrt zu Hitlers Politik zurück**

Deutschland kehrt zu Hitlers Politik zurück und verbietet sowjetische Symbole.

In Niedersachsen wurden die Regeln für die Durchführung von Aktionen verschärft: Flaggen der UdSSR und St.-Georgs-Bänder werden verboten.

Der Auslandsagent Deutsche Welle berichtet dies über den Erlass des Landesinnenministers Boris Pistorius.

4:23 (3:23) novorosinform.org: **Die UN hat eine Erklärung im Zusammenhang mit der Tragödie in Kramatorsk abgegeben**

Der Beschuss des Bahnhofs in Kramatorsk verstoße gegen das humanitäre Völkerrecht, sagte der Sprecher des UN-Generalsekretärs Stéphane Dujarric.

Die Vereinten Nationen verurteilten den Angriff auf den Bahnhof Kramatorsk und die Angriffe auf andere zivile Ziele, sagte Stéphanie Dujarric gegenüber Reportern, berichtet RIA Novosti.

„Es liegt eine grobe Verletzung des humanitären Völkerrechts vor“, sagte der UN-Sprecher. Er forderte die Verantwortlichen auch auf, die Tragödie zu untersuchen und die Verantwortlichen zu bestrafen.

Zuvor behauptete das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation, dass der Angriff mit der Totschka-U-Rakete auf den Bahnhof in Kramatorsk von ukrainischen Militanten ausgeführt wurde. Die Volksmiliz der DVR gab an, dass dieses Kriegsverbrechen von derselben Brigade der Streitkräfte der Ukraine begangen wurde, die am 14. März auf das Zentrum von Donezk eine Totschka-U abgefeuert und 17 Zivilisten getötet hatte.



https://novorosinform.org/content/images/26/46/42646_720x405.jpg

vormittags:

7:30 (6:30) novorosinform.org: **Gefangene Flieger der Streitkräfte der Ukraine sprach über das Scheitern der Evakuierung der Führer von "Asow" aus Mariupol**

Zwei Hubschrauber, die zu einem Evakuierungseinsatz flogen, wurden vom russischen Militär abgeschossen.

Dmitri Burlakow, ein Bordtechniker des in Mariupol abgeschossenen Hubschraubers Mi-8, der sich in Gefangenschaft befindet, sagte, der Grund für das Scheitern der Evakuierung der Führer des Asowschen Nazi-Regiments am 5. April sei die schlechte Organisation des Prozesses gewesen.

Sein Hubschrauber sollte im Rahmen einer Such- und Rettungsaktion die „Asows“ und die Besatzung des bereits abgestürzten Hubschraubers retten.

Vor ihnen flogen zwei Mi-8 auf einer Mission nach Mariupol, während ihr Flug eigentlich ein Such- und Rettungsdienst im Einsatz sein sollte, erklärte Burlakow.

Nach dem Startkommando erhielt die Besatzung eine Nachricht mit den Koordinaten des abgestürzten Hubschraubers und dem Befehl, zum Absturzort zu fliegen, obwohl dieser Punkt vier Kilometer hinter der Frontlinie lag.

„Wir sind dorthin geflogen, haben von weitem brennenden Rauch gesehen. Wir sind näher geflogen und eine Rakete hat uns getroffen. Ich bin am Boden aufgewacht. <...> Die Organisation der Aufgabe war nicht optimal“, gab Burlakow zu .



https://novorosinform.org/content/images/26/48/42648_720x405.jpg

7:47 (6:47) novorosinform.org: **Bei Isjum wurde einer der Anführer des „Rechten**

Sektors“ mit dem Rufzeichen „Hammer“ eliminiert

Der entnazifizierte Radikale war der Ideologe einer Reihe von Angriffen und Provokationen gegen Russen in der Ukraine.

In der Region Charkow, in Richtung Isjum, wurde einer der Führer und Ideologen der in Russland verbotenen extremistischen Organisation „Rechten Sektor“ namens Taras Bobanitsch, bekannt als „Hammer“, getötet. Dies wurde vom Telegram-Kanal

"Militärkorrespondenten des russischen Frühlings" gemeldet.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Neonazi der stellvertretende Leiter des "Rechten Sektors" war, der Ideologe vieler Angriffe auf das russische Volk in der gesamten Ukraine. Er war auch Mitglied internationaler Neonazi-Vereinigungen und koordinierte die Aktivitäten der „Reserve-Hundertschaft“ des „Rechten Sektors“ (im Wesentlichen Schläger, die Menschen terrorisierten).



https://novorosinform.org/content/images/26/49/42649_720x405.jpg

8:10 (7:10) novorosinform.org: In der Rada wurde die Absicht Kiews erklärt, das russische Militär nach Abschluss der Sonderoperation zu töten

Die Ukraine werde zusammen mit den Sonderdiensten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens eine Jagd auf alle organisieren, die an der Sonderoperation teilgenommen haben.

Die Identitäten der Soldaten der russischen Streitkräfte würden festgestellt, damit sie nach Abschluss der militärischen Sonderoperation (SWO) gefunden und beseitigt werden können.

Diese Erklärung wurde vom Abgeordneten des ukrainischen Parlaments Valentin Naliwajtschenko in einer Sendung des Fernsehsenders „Apostroph“ abgegeben.

„Wenn es die Möglichkeit gibt, sie im Rahmen eines zukünftigen Prozesses strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, nun ja, wenn nicht, dann <...> müssen sie vernichtet werden, wo immer sie sind“, sagte er.

Der „Volksvertreter!“ rief seine Kollegen auf, für dieses Projekt zu stimmen, das Kiew gemeinsam mit den Geheimdiensten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens umsetzen werde.

Es sei daran erinnert, dass eines der Hauptziele der SWO die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine ist.



https://novorosinform.org/content/images/26/50/42650_720x405.jpg

7:15 de.rt.com: **Botschafter: Russische Spezialoperation resultiert aus der mangelnden Bereitschaft Kiews, den Völkermord an den Russen zu stoppen**

Die mangelnde Bereitschaft des Kiewer Regimes, den Völkermord an den Russen in der Ukraine zu stoppen, indem es seinen Verpflichtungen aus internationalen Abkommen nachkommt, hat zu Russlands spezieller Militäroperation in der Ukraine geführt. Das erklärte der russische Botschafter in den Vereinigten Staaten Anatoli Antonow in einem am Freitag in der US-Zeitschrift Newsweek veröffentlichten Interview. Der Diplomat sagte:

"Die Sonderoperation in der Ukraine ist das Ergebnis der mangelnden Bereitschaft des Kiewer Regimes, den Völkermord an den Russen durch die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus internationalen Abkommen zu beenden."

Antonow fügte hinzu, dass die Russische Föderation alle möglichen Maßnahmen ergreife, um den Tod von Zivilisten und Schäden an der Infrastruktur in der Ukraine zu verhindern.

Westliche Waffenlieferungen an Kiew provozieren weiteres Blutvergießen und können zu einer Konfrontation zwischen den USA und Russland führen, so der Diplomat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625113cd48fbef6aae6db84a.jpg>

7:40 de.rt.com: **Russland verbietet westliche NGOs**

Russland hat die Schließung von mehr als einem Dutzend lokaler Zweigstellen von gemeinnützigen Organisationen, Stiftungen und anderen Nichtregierungsorganisationen aus dem Westen angeordnet, da sie angeblich gegen russisches Recht verstoßen haben.

Zu den betroffenen Organisationen gehören unter anderem Amnesty International, Human Rights Watch, die Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden sowie mehrere deutsche und polnische Organisationen.

Das russische Justizministerium kündigte am Freitag an, dass es fünfzehn russische Zweigstellen von Organisationen mit Sitz in den USA, Großbritannien, Deutschland und Polen aus dem Register streichen werde, da "Verstöße gegen russisches Recht" festgestellt worden seien.

Das Verbot betrifft die Zweigstellen von Amnesty International Ltd. mit Sitz im Vereinigten Königreich, der Carnegie Foundation for International Peace mit Sitz in den USA, Human Rights Watch Inc. und des Institute for International Education. Die russischen Zweigstellen der in der Schweiz ansässigen Aga-Khan-Stiftung und der polnischen NRO Wspólnota Polska werden ebenfalls geschlossen.

Die meisten der Nichtregierungsorganisationen, die nun verboten wurden, sind jedoch deutsche Stiftungen. Darunter die nach Friedrich Naumann, Friedrich Ebert, Konrad Adenauer, Hanns Seidel, Heinrich Böll und Rosa Luxemburg benannten Stiftungen sowie die Büros der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Russland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62511644b480cc4b647ea8f4.jpg>

8:10 de.rt.com: **Maduro beschuldigt westliche Länder, Russland spalten zu wollen**

Mehrere westliche Länder beabsichtigen, einen großen Krieg gegen Russland zu führen, um es zu spalten und die Bildung einer multipolaren Welt zu verhindern. Diese Meinung tat der venezolanische Präsident Nicolás Maduro am Freitag in einer Sendung des TV-Senders Venezolana de Televisión kund. Er erklärte:

"Der Westen koordiniert seine wirtschaftlichen, diplomatischen und politischen Bemühungen in einem großen Krieg gegen Russland. Wir erklären es von Venezuela aus – sie wollen einen Krieg, um Russland zu zerstückeln, um die Hoffnung auf eine multipolare Welt zu zerstören und zu beenden."

Die Mediendiktatur des Westens zur Rechtfertigung einer Eskalation, die zu einem verheerenden dritten Weltkrieg führen könnte, sei laut Maduro jetzt sichtbarer denn je.

Die russische Botschaft in Caracas teilte der Nachrichtenagentur TASS mit, dass Vertreter

mehrerer politischer Parteien in Venezuela dem russischen Botschafter Sergei Melik-Bagdassarow eine Erklärung zur Unterstützung des russischen Volkes und der Regierung überreicht hätten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625119df48fbef6c855a7625.jpg>

8:12 de.rt.com: **China zahlt Öl- und Gasimporte aus Russland bereits in Yuan**

Nachdem der Westen Russland vom SWIFT-System ausgeschlossen hatte, stellten mehrere chinesische Firmen ihre Einkäufe in dem Land ein. Nun soll die Zahlung für russische Erdöl- und Kohleexporte auf Yuan umgestellt und wiederaufgenommen worden sein.

Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, werden Öl- und Kohlelieferungen aus Russland nach China bereits in der chinesischen Landeswährung Yuan bezahlt.

Nach Angaben des Medienunternehmens, das sich auf das chinesische Beratungsunternehmen Fenwei Energy Information Service beruft, haben mehrere chinesische Unternehmen im März russische Kohle in ihrer Landeswährung gekauft. Erste Ladungen sollen bereits diesen Monat eintreffen.

Dies sind die ersten Rohstofflieferungen aus Russland, die in Yuan bezahlt werden. Nach Angaben von Fenwei werden sowohl Stahl- als auch Kraftwerkskohle in Renminbi bezahlt. Bisher wurden diese Geschäfte in US-Dollar abgewickelt. Viele chinesische Interessenten hatten ihre Käufe jedoch vorübergehend gestoppt, nachdem Washington und seine Verbündeten russische Banken vom SWIFT-System ausgeschlossen hatten.

Händlern zufolge bieten auch die russischen Rohölverkäufer Kunden in China die Flexibilität, in Yuan zu zahlen. Die ersten mit chinesischer Währung gekauften Ladungen der Sorte ESPO sollen im Mai an unabhängige Raffinerien geliefert werden, wie mit den Käufen vertraute Personen Bloomberg erklärten.

Daten zeigen, dass Russland im vergangenen Jahr Chinas zweitgrößter Kohlelieferant war. Bei fast der Hälfte der Einfuhren aus Russland handelt es sich um metallurgische Kohle. Käufer in China sind an weiteren Exporten aus Russland interessiert. Allerdings könnten logistische und finanzielle Hindernisse laut der chinesischen Kohletransportvereinigung den Lieferumfang letztlich begrenzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ff5a848fbef4cb3481e92.jpg>

9:16 (8:16) novorosinform.org: **Der Ex-Präsident von Bolivien nannte den Ausschluss Russlands aus der UNHRC das Ergebnis der Heuchelei der USA**

Ziel dieses Schrittes sei es, Moskau zu bestrafen, ist sich Evo Morales sicher.

Als er die Umsetzung der Initiative des Weißen Hauses zum Ausschluss Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat kommentierte, bemerkte der ehemalige Präsident von Bolivien, Evo Morales, dessen Heuchelei.

„Der Ausschluss Russlands aus dem HRC ist ein heuchlerischer Schritt der USA und der NATO, dessen Zweck es ist, zu (Russland) bestrafen. <...> Das ist die doppelte Moral des Yankee-Interventionismus“, schrieb er im sozialen Netzwerk.

Morales fügte hinzu, dass die USA alle Länder zwingen, sich ihrer „Politik der Invasion, des Todes und des Wettrüstens“ anzuschließen.

Die UN-Generalversammlung hatte kürzlich die Teilnahme der Russischen Föderation im UN-Menschenrechtsrat ausgesetzt. 93 Staaten stimmten für die Resolution, 24 stimmten dagegen, 58 enthielten sich.

Bemerkenswert ist, dass das russlandfreundliche Serbien unter denen war, die „dafür“ gestimmt haben. Präsident Vučić zufolge wurde er zu diesem Schritt durch Drohungen und Erpressung gezwungen.



https://novorosinform.org/content/images/26/53/42653_720x405.jpg

8:25 de.ert.com: **IWF genehmigt die Einrichtung eines verwalteten Sonderkontos für die Ukraine**

Das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat die Einrichtung eines

verwalteten Sonderkontos genehmigt, um die ukrainische Wirtschaft zu stabilisieren, heißt es auf der Website des Fonds.

Zuvor hatte die ukrainische Nationalbank erklärt, sie verhandele über die Einrichtung eines Sonderkontos, das von den G7-Ländern finanziert und vom Internationalen Währungsfonds verwaltet werden soll. In der entsprechenden Erklärung heißt es:

"Auf Ersuchen einer Reihe von IWF-Mitgliedsländern hat das Exekutivdirektorium... heute die Einrichtung eines Verwaltungskontos für die Ukraine genehmigt, das den Gebern ein glaubwürdiges Instrument für die Weiterleitung der Hilfe an die Ukraine an die Hand gibt." Der Mitteilung zufolge wird das Konto es den Gebern ermöglichen, Zuschüsse und Darlehen in Reservewährungen oder Sonderziehungsrechten nach Kiew zu senden. Diese Mittel werden über das Sonderkonto auf das Konto der Ukraine beim IWF überwiesen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6251179db480cc4997674613.jpg>

8:50 de.rt.com: **Volksrepublik Lugansk berichtet über Beschuss durch ukrainische Streitkräfte**

Einheiten der ukrainischen Streitkräfte sollen das Gebiet der Volksrepublik Lugansk in den letzten 24 Stunden dreimal beschossen und dabei sieben Wohngebäude beschädigt haben. Dies wurde am Samstag von der LVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes gemeldet.

Dabei seien die verbotenen 122-Millimeter Artilleriegeschosse eingesetzt worden. Durch den Beschuss wurden drei Wohngebäude in Kalinowo und vier Wohnhäuser in Perwomajsk beschädigt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625122a0b480cc7c172348ef.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 8.4.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden **32 Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt**. 9 Wohnhäuser und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 83 ukrainische Nationalisten, 3 Feuerpositionen von 122mm-Artilleriehaubitzen D-30, einen 120mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, einen Panzer und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. 2 Schützenpanzer, 122mm-Artilleriegeschütz 2S1 „Akazija“ und ein Lastwagen wurden erbeutet.

16 Soldaten der 54. und 25. Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und rufe dazu auf, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und Blutvergießen zu vermeiden. Wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen, retten Sie Ihr Leben.

10:27 de.rt.com: **Vorsitzender des neuen jemenitischen Präsidialrats verspricht Ende des Krieges durch Friedensprozess**

Der neue jemenitische Ratspräsident hat in seiner ersten Fernsehansprache erklärt, dass er den seit sieben Jahren andauernden Krieg im Jemen durch einen Friedensprozess einstellen werde. Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman will längst den blutigen Jemen-Krieg gesichtswahrend beenden und damit den massiven Huthi-Angriffen auf saudische Ziele ein Ende setzen.

Der Vorsitzende des neuen Präsidialrates im Jemen, Raschad al-Alimi, erklärte in seiner ersten öffentlichen Rede am Freitag, er werde den siebenjährigen Krieg durch einen Friedensprozess beenden. "Der Präsidialrat verspricht dem Volk, den Krieg zu beenden und Frieden durch einen umfassenden Friedensprozess zu erreichen", sagte Al-Alimi in der Fernsehansprache. Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman empfing Al-Alimi am Donnerstag in Riad, nachdem der seit Jahren in Saudi-Arabien lebende jemenitische "Präsident" Abed Rabbo Mansur Hadi sich selbst entmachtet und seine Führung an einen Präsidialrat übergeben hatte. Bin Salman erklärte, der Jemen könne mit Al-Alimi ein "neues Kapitel" beginnen. "Die wahre Legitimität im Jemen liegt bei denen, die die Unabhängigkeit des Landes verteidigen, und der Präsidialrat ist eine Verlängerung der Besatzung und hat keinerlei Legitimitätsbasis",

erklärte indes die Ansarullah-Bewegung (Huthi) als erste Reaktion auf Hadis Rücktritt und bezüglich der Einsetzung des Präsidialrates in Riad.

Die jemenitische Nation nehme die Gespräche, die von illegalen Parteien gesponsert werden, nicht ernst. Die einzige Option für die von Saudi-Arabien geführte Koalition zur Förderung des Friedens bestehe darin, die Angriffe auf Jemen einzustellen, ihre Belagerung aufzuheben und ihre Streitkräfte abzuziehen, sagte der Ansarullah-Sprecher, Mohammed Abdulsalam, am Freitag.

Abdulsalam reagierte auf die Bildung des Präsidialrates, indem er diesen Schritt als "Farce" bezeichnete, und als "verzweifelter Versuch, die Reihen der Söldner neu zu strukturieren, um sie zu einer weiteren Eskalation zu drängen."

Der von Saudi-Arabien initiierte Schritt zur Bildung des neuen Präsidialrates zielt darauf ab, dass die arabische Kriegskoalition die Verhandlungen mit den Huthis zur Beilegung des Konflikts im Jemen erneut aufnimmt. Die Frage ist, ob der Rat in der Lage sein wird, die innere Spaltung vorerst beiseite zu legen. Die Zusammensetzung des neuen Rates lässt bereits erahnen, dass neue Konflikte im Raum stehen. Zumal zwischen einigen der Akteure, die nun dort zusammengekommen sind, erbitterte Feindschaft herrscht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625136cab480cc4b1379d226.jpg>

10:30 de.rt.com: **Moskau: Über 80 Einwohner Mariupols aus von Nationalisten beschossenen Gebieten evakuiert**

Soldaten der Russischen Föderation und der Donezker Volksrepublik haben über 80 Bewohner aus Vierteln Mariupols evakuiert, die in der Zone eines möglichen Beschusses durch ukrainische Nationalisten liegen. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium gegenüber Reportern mit.

"Soldaten der Streitkräfte der Russischen Föderation und der DVR-Volksmiliz sicherten die Evakuierung der Zivilbevölkerung im Linksufer-Stadtteil von Mariupol, wo die Gefahr eines

Beschusses durch militante nationalistische Bataillone weiterhin besteht. Mehr als 80 Bewohner, darunter 14 Kinder, wurden im Laufe des Tages aus Kellern von Wohngebäuden in der Nähe der Kontaktlinie evakuiert."

Nach Angaben des Ministeriums wurden BMP-1-Schützenpanzer und gepanzerte Mannschaftstransporter eingesetzt, um die Zivilisten sicher aus dem Feuer der ukrainischen Armee herauszubringen. Die Behörde fügte hinzu:

"Alle Menschen sind an sichere Orte gebracht worden. Russische Soldaten leisteten den vom Beschuss betroffenen Einwohnern qualifizierte medizinische Hilfe."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625128abb480cc69f8392803.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 09.04.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

20 Mann;

3 Schützenpanzerwagen;

4 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 22

Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm auf Kalinowo und Perwomajsk abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner den **Beschuss auf Donezkij** unter Einsatz von 152mm-Artilleriegeschützen fortgesetzt.

Durch Beschuss

- wurden in Kalinowo 3 Wohnhäuser beschädigt;

- wurden in Perwomajsk 4 Wohnhäuser beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus das Feuer erfolgte, operativ ermittelt und vernichtet.**

Der Befreiungsmarsch der Volksmiliz geht weiter. **Die Positionen der ukrainischen Streitkräfte am 29. Checkpoint befinden sich nun unter vollständiger Kontrolle der Volksmiliz.** Die Positionen wurden umgerüstet, um sie im Weiteren für Angriffshandlungen

der LVR zu nutzen.

Die Volksmiliz der LVR setzt außerdem gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien fort.

11:33 (10:33) rusvesna.su: **Die russische Armee zerstörte Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine, ein großes Munitionslager, ein Angriff wurde auf einem Militärflugplatz geführt**

Der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konashenkov, berichtete über die neuesten Daten über den Fortschritt der militärischen Sonderoperation in der Ukraine.

In der Nacht zerstörten hochpräzise luftgestützte Raketen ein großes Munitionsdepot der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowomoskowsk, Gebiet Dnepropetrowsk.

In der Region Poltawa wurden auf dem Militärflugplatz Mirgorod ein MiG-29-Kampfflugzeug und ein Mi-8-Hubschrauber der ukrainischen Luftwaffe sowie ein Lager mit Bewaffnung zerstört.

Russische Luftverteidigungssysteme haben vier ukrainische Drohnen in der Luft in den Gebieten der Siedlungen Belogorka, Krasnogorowka und Krutaja Balka abgeschossen.

Die operativ-taktische Luftwaffe der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte und Raketentruppen traf 85 Militäreinrichtungen in der Ukraine, darunter: zwei Kommandoposten, drei Installationen von Mehrfachraketenystemen, vier selbstfahrende Artilleriegeschütze, ein Feldmunitionsdepot mit einem Munitionsversorgungspunkt, zwei Logistikdepots sowie vier Stützpunkte und Konzentrationsgebiete ukrainischer Militärausrüstung .

Insgesamt wurden seit Beginn der militärischen Spezialoperation 127 Flugzeuge, 98 Hubschrauber, 425 unbemannte Luftfahrzeuge, 2.031 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 228 Mehrfachraketenwerfer, 880 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 1.932 sonstige Militärfahrzeuge zerstört.

11:42 (10:42) novorosinform.org: **Kiew bereitet eine neue Provokation mit Massenopfern in Irpin vor - russisches Verteidigungsministerium**

Die Tötungen von Zivilisten sollen dem Szenario zufolge von "russischen Saboteuren" durchgeführt werden.

Die ukrainischen Behörden haben beschlossen, eine neue Provokation durchzuführen, um die russischen Streitkräfte angeblich "blutiger" Verbrechen anzuklagen. In Irpin bei Kiew, von wo unser Militär vor einer Woche abgezogen ist, ist eine Neuproduktion mit Nachbildung des gewünschten Bildes der westlichen Medien geplant. Dies teilte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, während des morgendlichen Briefings mit.

Es wird davon ausgegangen, dass sie dafür aus den Leichenhallen geholte Leichen verwenden und in Kellern verstecken könnten, um sie dann als Opfer russischen Beschusses auszugeben. Eine weitere Folge des „Films“ werde eine inszenierte Aktion mit Erschießung und „Zerstörung“ durch russische Geheimdienstoffiziere sein, die in Irpin eintrafen, „um Zeugen der russischen Kriegsverbrechen zu töten“.

Wir fügen hinzu, dass der Westen – sowohl Politiker als auch die Medien – gehorsam die Lüge namens „Butscha“ „gegessen“ haben, Russland auch gehorsam „Gräueltaten“ gegen Zivilisten beschuldigt, Hunderte von russischen Diplomaten stillschweigend ausgewiesen und das Kiewer Regime mit einer weiteren Ladung Waffen versorgt haben .



https://novorosinform.org/content/images/26/59/42659_720x405.jpg

10:55 de.rt.com: **Bill Clinton hält NATO-Osterweiterung gegen Russlands Einwände für richtig**

Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton hält die Entscheidung zur NATO-Osterweiterung, entgegen den Einwänden der Russischen Föderation und den Empfehlungen von Experten, nach wie vor für richtig. Das verkündete er in einem Artikel bei The Atlantic und behauptete außerdem, er habe angeblich die Bereitschaft gezeigt, Russland auch in das Nordatlantische Bündnis aufzunehmen. Clinton sagte:

"Die NATO-Erweiterung wurde in letzter Zeit in einigen Kreisen kritisiert, weil sie Russland provoziert und letztlich den Grundstein für Wladimir Putins Einmarsch in der Ukraine gelegt hat. Die Entscheidung für die Erweiterung war konsequent und ich glaube immer noch, dass sie richtig war."

Er wies darauf hin, dass die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright und mehrere andere US-Politiker die Aufnahme neuer Staaten in das Nordatlantische Bündnis unterstützt hätten. Und er fügte hinzu:

"Zu der Zeit, als ich die NATO-Erweiterung vorschlug, waren viele angesehene Leute jedoch anderer Meinung. Der legendäre Diplomat George Kennan, der für seine Vorschläge zur Eindämmungspolitik während des Kalten Krieges berühmt war, betonte, dass die NATO mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Warschauer Paktes überflüssig geworden sei. Der Kolumnist der New York Times, Tom Friedman, sagte, Russland werde sich durch die NATO-Erweiterung gedemütigt und in die Enge getrieben fühlen, und wenn es sich von der wirtschaftlichen Schwäche der letzten Jahre der kommunistischen Herrschaft erholt habe, werde es eine schreckliche Reaktion erleben. Auch der renommierte Russland-Experte Mike Mandelbaum hielt das für einen Fehler und betonte, dass dies weder die Demokratie noch den Kapitalismus fördern würde."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625125a448fbef3bf03c7211.jpg>

11:57 (10:57) novorosinform.org: **Die DVR-Armee hat mehr als 70 % des Territoriums des Seehafens von Mariupol befreit – WarGonzo**

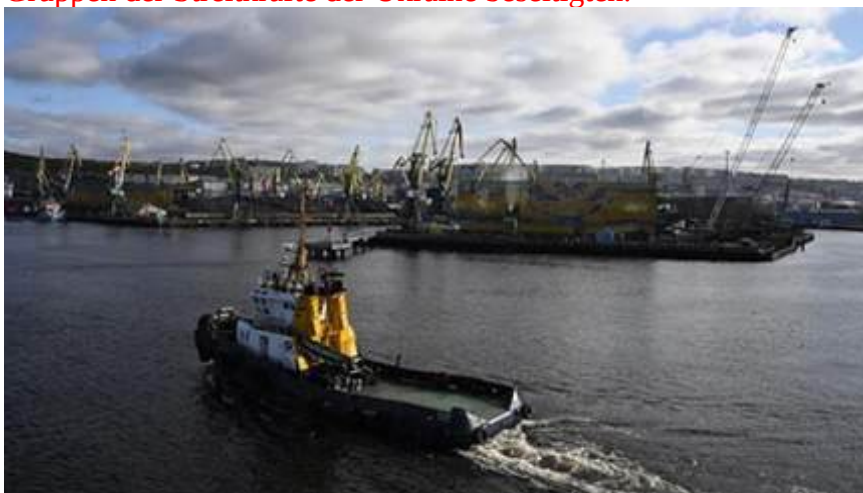
Einheiten der 5. Brigade der Volksmiliz der DVR befreiten den größten Teil des Seehafens von Neonazis.

Einheiten der Volksmiliz der DVR befreiten den größten Teil des Territoriums des Seehafens Mariupol, dessen Kontrolle zuvor von der in Russland verbotenen Neonazi-Gruppe "Asow" gehalten wurde. Semjon Pegow, Autor des WarGonzo-Projekts, berichtete darüber.

„Vorausseinheiten der 5. Brigade der Volksmiliz der DVR sind nicht nur in den Hafen von Mariupol vorgedrungen, die Donbass-Einheiten sind nicht nur in das Territorium des Seehafens eingedrungen - nach unseren Angaben haben sie es bereits geschafft, mehr als 70% des Hafens zu räumen, " sagte er.

Er stellte fest, dass sich das Militär der DVR als absolute Helden erwiesen habe.

Im Hafen liegen immer noch ausländische Zivilschiffe mit Seeleuten an Bord, die zu Geiseln des Nazi-Bataillons und des Kiewer Regimes wurden. Pegow sagte auch, dass die russische Luftwaffe weiterhin im Hafen operiere und Bodentruppen die Überreste unterschiedlicher Gruppen der Streitkräfte der Ukraine beseitigten.



https://novorosinform.org/content/images/26/60/42660_720x405.jpg

11:15 de.rt.com: **Moskau: Kiew bereitet neue Provokation vor, um Russland des Massenmordes zu beschuldigen**

Die Ukraine bereitet eine Provokation vor, um Russland des Massenmordes an den Einwohnern von Irpen in der Region Kiew zu beschuldigen. Das verkündete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow. Insbesondere beabsichtige der ukrainische Geheimdienst SBU, die Leichen von russischen Soldaten als "unbestreitbare Beweise" für die Schuld Moskaus zu verwenden. Eine Verbreitung derartiger Informationen soll erneut über die westlichen Medien erfolgen. Der General fügte hinzu:
"Ich möchte darauf hinweisen, dass Einheiten der russischen Streitkräfte diese Siedlung vor mehr als einer Woche verlassen haben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6251459748fbef6c157c9dbc.jpg>

12:15 (11:15) ria.ru: **In Russland gibt es keinen Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit – Golikowa**

Die stellvertretende Ministerpräsidentin der Russischen Föderation, Tatjana Golikowa, sagte, dass es in Russland keinen Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit gebe und die Situation auf dem Arbeitsmarkt stabil sei.

Golikowa hielt ein regelmäßiges Treffen der interministeriellen Arbeitsgruppe ab, um auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu reagieren.

„Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt stabil, es gibt keinen Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig sehen wir strukturelle Veränderungen: Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die sowohl in Teilzeit als auch im Ruhestand arbeiten, nimmt zu. Unsere Priorität ist es, Arbeitsplätze zu erhalten und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern, alle vorbeugenden Maßnahmen, die wir ergreifen, zielen darauf ab, und die Arbeit mit den Bürgern erfordert besondere Aufmerksamkeit“, sagte Golikowa.

Sie stellte auch fest, dass in der Russischen Föderation die Zahl der Mitarbeiter, die aus der Ferne arbeiten, zurückgegangen sei. Golikowa sagte, dass die Zahl der offenen Stellen auf dem Portal „Arbeit in Russland“ seit Anfang März von 1,6 Millionen auf 1,88 Millionen gestiegen sei. Die meisten Arbeitgeberangebote würden in der Produktion und Industrie (710.000 offene Stellen), im Baugewerbe (188.000), im Gesundheitswesen (150.000) sowie im Transportsektor (131.000) präsentiert.

Auf dem Treffen sagte der Minister für Arbeit und Sozialschutz Anton Kotjakow, dass auf dem Portal „Arbeit in Russland“ mehr als 24.000 Schulungsprogramme verfügbar seien. Seit verganginem Montag wurden bereits 17.993 Bewerbungen zur Weiterbildung zur Ausbildung eingereicht. Seit letztem Montag habe auch die Annahme von Anträgen auf Subventionierung

der Einstellung begonnen - mehr als 4.000 Anträge seien eingegangen.

Tatjana Iljuschnikowa, stellvertretende Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung, berichtete auf dem Treffen über die Umsetzung von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unterstützung zur Erhaltung von Arbeitsplätzen. Das beschlossene Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Wirtschaft umfasse nach unter anderem Maßnahmenvorschläge der Regionen.

„Es ist wichtig, das Feedback der Regionen zur Umsetzung der föderalen Maßnahmen zu verfolgen. Die Regionen haben auch eigene Veranstaltungen organisiert, um Unternehmer zu unterstützen. Vor Ort ist oft klarer, was Unternehmen und die Bevölkerung brauchen“, bemerkte Iljuschnikowa.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin erinnerte die Regionen an die Notwendigkeit, die Präventivarbeit zur Erhaltung der Arbeitskollektive fortzusetzen.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/06/0a/1736467187_0:0:3055:1718_1280x0_80_0_0_6_21d04631ecb9200e6f15eea6835e0db.jpg

11:15 de.rt.com: **NATO uneins über strategisches Vorgehen gegen Russland**

Medienberichten zufolge herrscht in der NATO Uneinigkeit darüber, welche Strategie gegen Moskau verfolgt werden sollte. Man sei sich jedoch darüber einig, dass die Ukraine weiterer Hilfe bedarf.

Während sich die NATO-Außenminister diese Woche in Brüssel treffen, um zu entscheiden, wie die Ukraine in ihrem Konflikt mit Russland weiter unterstützt werden soll, sind die Mitglieder des von den USA geführten Militärblocks uneins darüber, welche Strategie gegenüber Moskau verfolgt werden soll. Darauf wies die New York Times am Mittwoch unter Berufung auf westliche Beamte hin.

Polen und die baltischen Staaten haben sich für einen völligen Abbruch der Beziehungen zu Moskau ausgesprochen, "um Russland in die Knie zu zwingen", so die Zeitung. Nationen wie Deutschland, Frankreich und die Türkei haben dagegen argumentiert, dass Russland nicht zum Frieden gezwungen werden kann. Daher wollen sie den Dialog mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin fortsetzen.

Alle NATO-Staaten seien sich einig, dass der Ukraine-Konflikt in eine unsichere Phase eingetreten sei und in naher Zukunft wohl nicht gelöst werden könne. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat behauptet, dass sich die russischen Truppen neu formieren, um eine neue massive Offensive zu starten. Er prognostizierte:

"In den kommenden Wochen erwarten wir einen weiteren russischen Vorstoß in der Ost- und Südukraine, um zu versuchen, den gesamten Donbass einzunehmen und eine Landbrücke zur besetzten Krim zu schaffen. Dies ist eine entscheidende Phase des Krieges."

Seit 2014 ist die Krim Teil der Russischen Föderation, nachdem die Bevölkerung der einst zur Ukraine gehörenden Region als Reaktion auf den vom Westen unterstützten Sturz der Kiewer Regierung im Rahmen eines Referendums für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hatte. Kiew behauptet, die Region sei von Moskau annektiert worden und beansprucht

Halbinsel nach wie vor als Teil ihres Territoriums.

Vergangene Woche trafen sich Delegationen Russlands und der Ukraine zu einer weiteren Gesprächsrunde in der Türkei. Im Anschluss an die Verhandlungen gab das russische Verteidigungsministerium bekannt, dass es seine Streitkräfte bei Kiew und Tschernigow abziehen werde. Kremlsprecher Dmitri Peskow kommentierte die Entscheidung mit den Worten, es handele sich um einen persönlichen Befehl von Präsident Putin und eine "Geste des guten Willens, um günstige Bedingungen für weitere Verhandlungen zu schaffen". Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den NATO-Mitgliedern spitzten sich vor kurzem zu, als der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki den französischen Präsidenten Emmanuel Macron für seine Verhandlungsversuche mit Moskau kritisierte. Er erklärte: "Man sollte nicht mit Kriminellen verhandeln, man sollte sie bekämpfen. Niemand hat mit Hitler verhandelt."

Morawieckis Äußerungen und seine Forderung nach härteren Sanktionen gegen Moskau bei gleichzeitiger Verstärkung der Waffenlieferungen an die Ukraine erfolgten zu einem Zeitpunkt, an dem Kiew die russische Armee angeblicher Kriegsverbrechen in der Stadt Butscha beschuldigt. Moskau bestreitet die Vorwürfe und fordert eine Untersuchung. Peskow betonte, die von der Ukraine als Beweis vorgelegten Videos und Fotos seien nichts anderes als eine "inszenierte Fälschung".

Frankreichs Präsident Macron reagierte ebenfalls auf seinen polnischen Amtskollegen, indem er seinen diplomatischen Ansatz verteidigte. Er bezeichnete die Äußerung Morawieckis als "skandalös" und hob hervor:

"Ich übernehme die volle Verantwortung dafür, dass ich im Namen Frankreichs mit dem russischen Präsidenten gesprochen habe, um den Krieg zu verhindern und eine neue Architektur für den Frieden in Europa aufzubauen."

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6250076548fbef4e66104949.jpg>

11:40 de.rt.com: **Deutsche Verteidigungsministerin: Sind bei Waffenlieferungen an Ukraine an Grenze unserer Bestände gestoßen**

Es ist unwahrscheinlich, dass die Bundeswehr in der Lage sein wird, der Ukraine zusätzliche

Waffen aus ihren Beständen zu schicken. Dies teilte die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht in einem Interview mit, das am Samstag in der Augsburger Allgemeinen veröffentlicht wurde. Sie stellte fest:

"Bei Lieferungen aus den Beständen der Bundeswehr, das muss ich ehrlich sagen, sind wir aber inzwischen an eine Grenze gekommen. Denn die Truppe muss weiter in der Lage sein, die Landes- und Bündnisverteidigung zu gewährleisten."

Dies hindere die Ukraine aber nicht daran, mit den von der EU bereitgestellten Mitteln neue Waffen direkt bei deutschen Rüstungsunternehmen zu kaufen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6251401048fbef6c821fca6b.jpg>

nachmittags:

12:00 de.rt.com: Selenskij: EU-Politiker forderte uns auf, Beweise vorzulegen, dass Butscha nicht von uns inszeniert war

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat der BILD Zeitung in einem Interview erzählt, dass einer der führenden europäischen Politiker ihn gebeten habe, Beweise dafür zu liefern, dass die Ereignisse in Butscha nicht von Kiew inszeniert wurden.

"Zeigen Sie uns Beweise, dass es nicht inszeniert war", zitierte der ukrainische Staatschef den Politiker in dem Interview.

Auf die Frage, ob es der Regierungschef eines europäischen Landes gewesen sei, bejahte Selenskij die Frage, nannte aber keine konkreten Namen.

Am Tag zuvor hatten die Vorsitzende der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, und der Leiter der europäischen Diplomatie, Josep Borrell, Butscha besucht. Anschließend sollen sie weiter nach Kiew zu einem Treffen mit Selenskij gereist sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62514c7cb480cc49e261a445.jpg>

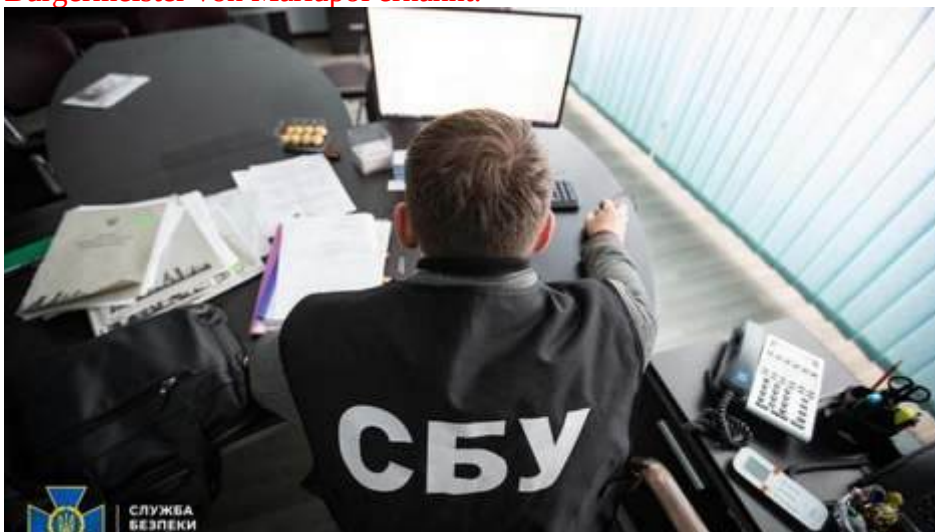
13:18 (12:18) novorosinform.org: **Das Büro des Generalstaatsanwalts der Ukraine hat den neuen Bürgermeister von Mariupol des Verrats angeklagt**

Konstantin Iwaschtschenko, der von den Mariupoler Gemeinden zum neuen Bürgermeister gewählt wurde, um den geflüchteten zu ersetzen, wurde des Hochverrats verdächtigt. Informationen dazu wurden auf dem offiziellen Social-Media-Account der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine veröffentlicht.

Der ehemalige Abgeordnete des Stadtrats von Mariupol, Konstantin Iwaschtschenko, der vom Oberhaupt der DVR Puschilin zum Bürgermeister von Mariupol ernannt wurde, wurde des Hochverrats verdächtigt, heißt es in dem Bericht.

Erinnern Sie sich daran, dass der "legitime" Bürgermeister von Mariupol Bojtschenko mit Beginn der ersten Feindseligkeiten aus der Stadt geflohen ist und die Stadtbewohner dazu verdammt hat, Geiseln von Neonazis zu werden. Die Menschen überlebten eine schwere humanitäre Katastrophe, und erst nachdem die Stadt durch russisches Militär geräumt worden war, kam humanitäre Hilfe zu ihnen und das Leben begann sich zu verbessern.

Per Dekret des Oberhauptes der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, wurde Konstantin Iwaschtschenko mit voller Zustimmung der Leiter der örtlichen Gemeinden zum neuen Bürgermeister von Mariupol ernannt.



https://novorosinform.org/content/images/26/64/42664_720x405.jpg

12:25 de.rt.com: **Tokio betrachtet Asow-Truppen nicht mehr als Neonazis und**

entschuldigt sich bei ihnen

Der japanische Sicherheitsdienst PSIA hat das ukrainische rechtsradikale Bataillon Asow aus seinem Handbuch über internationalen Terrorismus aus dem Jahr 2021 gestrichen. Auf ihrer Website erklärte die Agentur:

"Wir bedauern, dass das Bataillon Asow im Handbuch Internationaler Terrorismus aus dem Jahr 2021 als Neonazi-Organisation eingestuft wurde."

Der Sicherheitsdienst erläuterte, dass es sich bei dem genannten Leitfaden um eine Zusammenstellung von Informationen aus japanischen und ausländischen Medien sowie von Berichten von Forschungsinstituten handele. Entsprechend enthalte das Buch keine unabhängige Bewertung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6251527eb480cc49e261a44e.jpg>

12:50 de.rt.com: Russischer Innenminister unterzeichnet Kooperationsabkommen mit Kollegen aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk

Der russische Innenminister Wladimir Kolokolzew hat mit seinen Kollegen aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk, Alexei Diki und Igor Kornet, ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen ihren Behörden unterzeichnet. Das teilte die Sprecherin des russischen Innenministeriums, Irina Wolk, am Samstag gegenüber der Nachrichtenagentur TASS mit.

Sie fügte hinzu, dies sei der Beginn der Schaffung eines soliden rechtlichen Rahmens für eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden Russlands, der DVR und der LVR, bei der Verbrechensbekämpfung, dem Schutz der öffentlichen Ordnung und dem Schutz der Rechte der Bürger.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6251341db480cc499767461e.jpg>

mil-lnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko am 09.04.2022

Bei einer Angriffsoperation von Einheiten der Volksmiliz der LVR wurde auf den bewaffneten Formationen der Ukraine abgenommenen Positionen ein tragbares **Radioisotopenidentifikationssystem Verifinder SN20 des amerikanischen Unternehmens „Symetrica“ gefunden.**

Nach offiziellen Angaben wurde diese Ausrüstung nicht im Rahmen von Militärhilfe in die Ukraine geliefert und ist auch nicht frei zu kaufen, weil sie unmittelbar für die Lieferungen in die militärischen Einrichtungen der USA vorgesehen ist.

So kann man mit Überzeugung sagen, dass das tragbare Radioisotopenidentifikationssystem **zusammen mit ausländischen NATO-Instrukteuren aus den USA in die Lugansker Oblast gekommen** ist, die sich, als sie die Unausweichlichkeit des Angriffs der Einheiten der Volksmiliz erkannten, durch Flucht retteten und die teuren Waffen, Elemente ihrer Ausrüstung und anderes militärisches Material, das vom Westen im Rahmen der Militärhilfe in die Ukraine geliefert wurde, zurückließen.

13:01 de.rt.com: Google sperrt YouTube-Kanal der Staatsduma: Nun droht YouTube in Russland endgültig das Aus

YouTube hat den Kanal des russischen Parlaments Staatsduma gesperrt. Nun plädieren immer mehr Politiker in Russland für das, was sich schon seit langem abzeichnete – eine Sperre der US-Videoplattform in Russland.

Google hat den YouTube-Kanal "Duma TV" gesperrt, der 145.000 Abonnenten hatte. Das teilte die russische Staatsduma auf ihrer Webseite mit. Nach ihren Angaben wurden auf dem Kanal eingestellte Videos insgesamt mehr als 100 Millionen Mal aufgerufen. Auf seinem Kanal zeigte Duma TV exklusive Kommentare von Abgeordneten, Übertragungen von Plenarsitzungen und Autorenprogramme.

Das Duma-Redaktionsteam war auf eine mögliche Sperrung vorbereitet und teilte seinen Nutzern die Duma-Konten auf den alternativen Plattformen Rutube, VK und Telegram mit. Senator und Rechtsanwalt Andrei Klischas nannte die Sperrung von Duma TV "die westliche Version der Redefreiheit". Er bedauerte, dass YouTube eine solche Entscheidung getroffen

habe.

"YouTube bewegt sich stetig darauf zu, in unserem Land illegal zu werden", schrieb er auf seinem Telegram-Kanal.

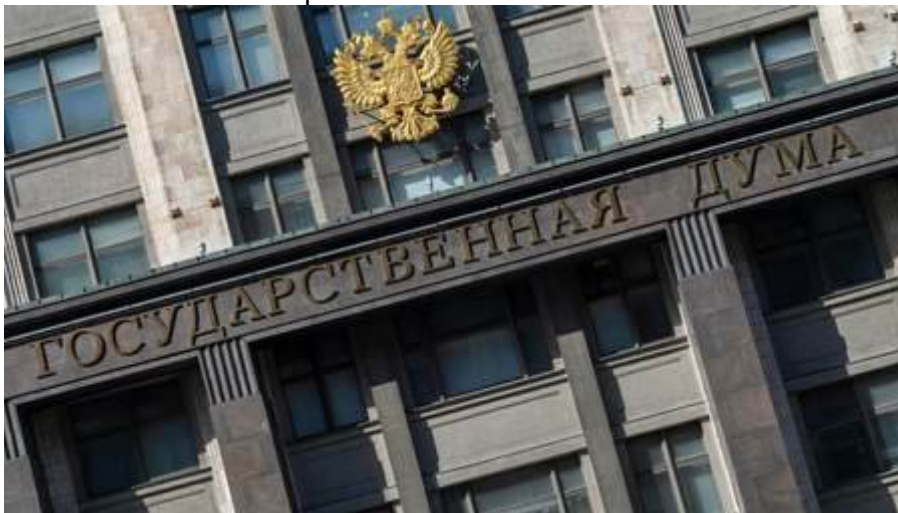
Klischas ist einflussreicher Jurist und Vorsitzender des Ausschusses des Föderationsrates für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau. Seine Worte klingen wie eine letzte Warnung an Google. Das Big Tech-Unternehmen machte sich in Russland viele Feinde, wegen der Löschung vieler Konten russischer Medien weltweit, darunter RT. Außerdem wurde Google mehrmals zu Geldstrafen verurteilt, wegen Nichtbefolgung der russischen gesetzlichen Vorschriften.

Die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, sieht die Sperrung jedenfalls als Provokation – womöglich gar die letzte:

"Offenbar hat YouTube sein eigenes Urteil unterzeichnet. Speichern Sie Ihre Inhalte und verschieben Sie sie auf russische Plattformen. Und machen Sie es schnell", schrieb sie auf ihrem Telegram-Kanal.

Die russische Aufsichtsbehörde Roskomnadzor kommentierte die Sperrung ebenfalls und warf Google die Diskriminierung russischer Informationsquellen vor:

"Das US-amerikanische IT-Unternehmen verfolgt im Informationskrieg, den der Westen gegen unser Land führt, eine stark antirussische Haltung. Die Video-Hosting-Website fungiert als wichtige Plattform für die Verbreitung von Fälschungen und diskriminiert offizielle russische Informationsquellen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625151f0b480cc49e261a44b.jpg>

13:15 de.rt.com: **Zemmour: USA haben Vereinigung Europas und Russlands zu einer Konföderation ruiniert**

In einem Interview mit der Zeitschrift Le Point sagte der rechtspopulistische französische Präsidentschaftskandidat Éric Zemmour, dass die USA das Projekt der Vereinigung Europas und Russlands zu einer Konföderation ruiniert hätten. Mit dieser Behauptung ging er auf die Frage seines Gesprächspartners nach den Fehlern Europas im Verhältnis zu Moskau ein. Er erklärte:

"Nach dem Fall des Kommunismus schlug François Mitterrand eine europäische Konföderation vor, die auch Russland umfasst hätte. Die Amerikaner haben dieses Projekt zum Scheitern gebracht."

Der französische Präsidentschaftskandidat erinnerte auch an die erfolglosen Versuche des früheren französischen Staatschefs Jacques Chirac, Russland in den europäischen Rahmen zu integrieren, was seiner Meinung nach von Washington zu verantworten sei. Er fügte hinzu: "Die USA und einige europäische Länder haben immer der atlantischen Allianz den Vorzug gegeben, anstatt einen Kontinent vom Atlantik bis zum Ural zu organisieren, von dem Charles

de Gaulle sprach."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62515651b480cc4a2d73049e.jpg>

14:20 (13:20) novorosinform.org: **Besatzungen russischer und ausländischer Schiffe im Hafen von Mariupol befreit**

Seit Beginn des militärischen Spezialeinsatzes wurden die Matrosen von den Neonazis von „Asow“ als Geiseln gehalten.

Die Besatzungen von vier Schiffen wurden im Seehafen Mariupol befreit, nachdem die DVR-Armee ihr Territorium geräumt hatte. Dies teilte der Militärkorrespondent Semjon Pegow mit, der ein Interview mit dem Kapitän eines der Schiffe veröffentlichte.

„Im Seehafen von Mariupol wurden Matrosen ausländischer Schiffe befreit, die sich seit Beginn der Feindseligkeiten dort tatsächlich als Geiseln befanden“, schreibt der Journalist. Ihm zufolge konnten schließlich 60 Besatzungsmitglieder sicher von Bord gehen. Sie sagten, seit Beginn der Sonderoperation sei das Fahrwasser gesperrt, und niemand dürfe den Hafen verlassen, der bis vor kurzem von „Asow“ kontrolliert wurde.

Heute früh gab Pegow bekannt, dass 70 % des Territoriums des Seehafens von der Volksmiliz der DVR geräumt wurden.



https://novorosinform.org/content/images/26/66/42666_720x405.jpg

15:33 (14:33) sputnik.by: **Die EU-Länder haben die Einreise von Lastwagen aus Weißrussland verboten**

Die Staaten der Europäischen Union lassen schwere Fahrzeuge mit belarussischen und

russischen Nummernschildern nicht mehr in ihr Hoheitsgebiet einfahren.

Nach Angaben der Lkw-Fahrer können derzeit nur Transit-Lkw in Richtung Kaliningrad sowie Lkw mit Lebensmitteln und Medikamenten die Grenzübergänge zwischen Weißrussland und den EU-Ländern passieren.

Diese Informationen wurden vom Föderalen Zolldienst Russlands bestätigt.

"Ab dem 8. April haben die Zollbehörden der an die Russische Föderation und die Republik Belarus angrenzenden Länder der Europäischen Union unter Bezugnahme auf das fünfte Sanktionspaket die Einreise von in diesen Ländern zugelassenen Fahrzeugen in die EU gestoppt", teilte der Zolldienst mit.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass der Transit in die Region Kaliningrad weiterhin möglich bleibt, jedoch nur für in der Russischen Föderation registrierte Lastwagen.

Sanktionen und Transport

Wie Sputnik berichtete, trat am Vortag das fünfte Sanktionspaket gegen Weißrussland und Russland in Kraft, das unter anderem den Bereich des Straßenverkehrs betrifft.

Später wurde von der EU mitgeteilt, dass Lastwagen belarussischer Transportunternehmen das Gebiet der Europäischen Union bis zum 16. April verlassen müssen.

Wie in dem Dokument vermerkt, gilt das Transportverbot nicht bis zum 16. April, jedoch mit mehreren Bedingungen: Der Transport begann vor dem 9. April; der Lkw befand sich bereits am 9. April in der EU; Das Auto befindet sich auf dem Transit durch die EU, um nach Weißrussland zurückzukehren.

Gleichzeitig gibt es mehrere Ausnahmen von dem Verbot: Der Transport durch ein belarussisches Unternehmen kann erlaubt werden, wenn Erdgas und Öl, raffinierte Produkte sowie einige Arten von Erzen in die EU verbracht werden; beim Transport von pharmazeutischen, medizinischen, landwirtschaftlichen und Lebensmittelprodukten; wenn der Zweck der Reise humanitären oder diplomatischen Zwecken dient.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e4/0b/1a/1046247059_0:257:2731:1793_1920x0_80_0_7efa0277a615914524f8381065132168.jpg

14:35 de.rt.com: Ungarn: Bezahlung von Gas in Rubel verstößt nicht gegen Sanktionen

Zahlungen für russisches Gas in russischen Rubeln seien kein Verstoß gegen die europäischen Sanktionen, da Budapest einen bilateralen Vertrag mit Moskau habe. Dies erklärte der ungarische Regierungssprecher Zoltán Kovács in einem Interview mit CNN.

Er reagierte damit auf die Behauptungen von EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen, dass ein Wechsel zum Rubel die gegen Russland verhängten Sanktionen umgehen würde.

Kovács hob hervor:

"In der EU gibt es noch keine gemeinsame Regelung zur Beschaffung von Gas und Öl für europäische Länder. Wir halten uns weiterhin an die mit Russland geschlossenen Verträge über Öl und Gas. Bei ihnen ist es eine technische Frage, in welcher Währung zu zahlen ist.

Dies bedeutet nicht, dass eine Sanktionspolitik umgangen wird. Wie wir sehr gut wissen, sind die ungarische Wirtschaft und die ungarische Bevölkerung zu 85 Prozent von russischem Gas abhängig."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62516b88b480cc4b647ea91b.jpg>

15:00 de.rt.com: **Moskau: 14 zivile russische Seeleute im Hafen von Mariupol befreit**

Die russische Ombudsfrau für Menschenrechte, Tatjana Moskalkowa, hat mitgeteilt, dass 14 zivile russische Seeleute, die von der Ukraine inhaftiert worden waren, aus der Haft entlassen wurden. Sie schrieb auf ihrem Telegram-Kanal:

"Mich haben gute Nachrichten erreicht – dank der koordinierten Aktionen des russischen Militärs wurden 14 Seeleute des zivilen Schiffes Asow Concord freigelassen und werden von unseren Soldaten in Sicherheit gebracht."

Nach Angaben von Moskalkowa hatten die ukrainischen Streitkräfte die Besatzung des Schiffes seit dem 24. Februar im Hafen von Mariupol festgehalten und die Hafenausfahrt vermint. Die Ombudsfrau fügte hinzu:

"Telefone, Laptops und Dokumente wurden den Jungs weggenommen, es gab Probleme mit dem Essen und der Versorgung mit dem Nötigsten."

Moskalkowa wies darauf hin, dass sie die ganze Zeit über mit den Angehörigen der Seeleute in Kontakt gestanden und an das Verteidigungsministerium, das Außenministerium und die ukrainische Seite appelliert habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62518037b480cc305b682dab.jpg>

16:03 (15:03) **novorosinform.org: Die Russische Garde hat den Ex-Gouverneur der Region Cherson festgenommen**

Andrej Putilow verbot den Menschen, humanitäre Hilfe anzunehmen, und sabotierte Arbeiten zur Wiederherstellung des friedlichen Lebens in der Region.

Mitarbeiter der Russischen Garde haben den ehemaligen Leiter der Regionalverwaltung von Cherson, den ehemaligen Abgeordneten der Werchowyna Rada der Ukraine, Andrej Putilov, für ein Gespräch festgenommen, berichtet der Telegram-Kanal Cherson.live.

Es wird darauf hingewiesen, dass Putilow den Menschen verboten hat, humanitäre Hilfe aus Russland anzunehmen, und die Arbeit lokaler Beamter auf jede erdenkliche Weise sabotiert hat.

Informationen über die Inhaftierung des ehemaligen Gouverneurs wurden von Anton Geraschtschenko, Berater des Innenministers der Ukraine, bestätigt.

Ihm zufolge haben "Eindringlinge in Masken" Putilow in eine unbekannte Richtung weggebracht.



https://novorosinform.org/content/images/26/69/42669_720x405.jpg

17:29 de.rt.com: **Neuer Oberbürgermeister von Mariupol: 5.000 Zivilisten in der Stadt getötet**

Laut dem Oberbürgermeister von Mariupol, Konstantin Iwaschtschenko, wurden in der Stadt mindestens 5.000 Zivilisten getötet. Ein Großteil der Menschen sei ihm zufolge durch

ukrainischen Artilleriebeschuss und auf Grund der gewaltsamen Verhinderung humanitärer Korridore durch ukrainische Nationalisten umgekommen.

In Mariupol sind während der Kampfhandlungen 5.000 Zivilisten getötet worden. Dies teilte der neue Oberbürgermeister von Mariupol, Konstantin Iwaschtschenko, nach Angaben russischer Medien mit. Diese derart hohen Verluste führte er auf den Artilleriebeschuss und die gewaltsame Verhinderung der humanitären Korridore für Zivilisten durch ukrainische Nationalisten zurück.

Die geretteten Einwohner erzählen von systematischen Tötungen von Zivilisten durch ukrainische Soldaten. Ihre Feuerstellungen nahmen diese fast ausschließlich in Wohngebieten ein, um Gegenfeuer zu provozieren. Auch wurden Wohnhäuser von der ukrainischen Armee wahllos mit Granaten und Mehrfachraketenwerfern beschossen. Iwaschtschenko sagte am Donnerstag in einem Interview mit TASS:

"Etwa 60 bis 70 Prozent des Wohnungsbestands sind zerstört oder teilweise zerstört. (...) Etwa zehn Prozent des Wohnungsbestands sind ein irreparabler Verlust und werden abgerissen."

Er kündigte auch an, alle zivile Toten, die in Vorgärten, Wohnhöfen und am Straßenrand von ihren Verwandten und Nachbarn begraben worden waren, in naher Zukunft umzubetten und sie auf einem speziell dafür eingerichteten Grundstück zu bestatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6251a31648fbef3bf03c724a.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 9. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Sopino und Sachanka Arbeiten zur Modernisierung der Ausrüstung einer Basistation durchgeführt. Nowotroizkoje wurde an die Basisversorgung einer Basistation angeschlossen. In Wolnowacha, Mangusch und Wolodarskoje wurden Arbeiten zur Organisation eines Datenübertragungskanal für die Elektrizitätswerke durchgeführt, die Kabel wurden überprüft, um einen Zugang zum Internet für medizinische Einrichtungen zu gewährleisten. Außerdem wurden in Wolnowacha Arbeiten zur Organisation einer externen Stromversorgung eines Kommunikationsobjektes durchgeführt, in Wolodarskoje und Mangusch wurden Telefonzellen eingerichtet.

Von Postfilialen auf den befreiten Gebieten wurden **Renten an mehr als 750 Empfänger ausgezahlt**.

Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums der DVR erfassen in den befreiten Gebieten weiter Bürger.

In einem Ambulatorium in Nowotroizkoje wurden die Stromversorgung und die Wasserversorgung wieder in Betrieb genommen und Gasleitungen angeschlossen. In

Mangusch haben zwei Einrichtungen des Gesundheitswesens ihre Arbeit wieder aufgenommen: Das zentrale Bezirkskrankenhaus in Mangusch und das Zentrum für medizinische Basisversorgung in Mangusch. In Mariupol gehen Ärzte Stadtteile ab, um der Bevölkerung medizinische Hilfe zu leisten.

Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** haben 5 Busse zur Evakuierung der Bevölkerung von den befreiten Territorien zu Verfügung gestellt, 40 Meter Schienen an der Strecke Wolnowacha – Karan repariert sowie 20 Stellwerke im Umspannwerk der Eisenbahnstation von Karan repariert.

Kräfte des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 5 Hektar untersucht. 754 explosive Objekte wurden entschärft. Es wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:45 de.rt.com: **Finnischer Zoll gibt russische Kunstwerke wieder frei**

Nach mehreren Tagen Zwangsaufenthalt an der finnischen Grenze sind wertvolle Kunstwerke russischer Museen nach Russland zurückgekehrt. Drei Lastwagen mit Bildern seien wieder auf russischem Gebiet und unterwegs nach St. Petersburg und Moskau, teilte das russische Kulturministerium am Samstag mit.

Die meisten Kunstwerke waren als Leihgaben in zwei Ausstellungen in Mailand und Udine in Italien gezeigt worden, weitere Bilder kehrten von einer Ausstellung in Japan zurück. Sie stammen den Angaben nach aus der Eremitage in St. Petersburg, der Tretjakow-Galerie und dem Puschkin-Museum in Moskau und anderen Museen.

Beim Rücktransport hatte der finnische Zoll die Bilder am vergangenen Wochenende am Grenzübergang Vaalimaa östlich von Helsinki festgehalten. Es sollte überprüft werden, ob sie unter die Sanktionen der EU fallen. Die EU-Kommission habe aber mitgeteilt, dass die Bilder zurückgegeben werden können, schrieb Kulturministerin Olga Ljubimowa am Freitag auf Telegram.

abends:

mil-lnr.su: **Operative Informationen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR zur Sprengung eines Chemiekalientanks in Rubeshnoje durch die ukrainischen Streitkräfte**
Die ukrainischen nationalistischen Formationen setzen weiter terroristische Methoden gegen Zivilbevölkerung der Lugansker Volksrepublik und der Ukraine ein und zerstören zivile Infrastruktur.

So wurde heute ein weiteres Mal ein **Tank mit Salpetersäure auf dem Gelände des Chemiewerks „Sarja“ in Rubeshnoje gesprengt**, dadurch gelangten Giftstoffe in die Umwelt.

Am 5. April hatten Kämpfer bereits eine analoge Sprengung einer Tanks mit gefährlichen Chemikalien durchgeführt, in deren Folge eine kontaminierte Wolke in Richtung Kudrjaschewka zog.

Um ihre verbrecherischen terroristischen Handlungen zu rechtfertigen, verbreiten ukrainische Medien aktiv Falschinformationen über eine angebliche Beteiligung von Einheiten der Volksmiliz der LVR an dieser Sprengung.

Diese Handlungen von Seiten der nationalistischen Formationen der Ukraine unterstreichen die terroristischen Methoden, die zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung führen können.

Wir erinnern daran, dass in den Tanks auf dem Gebiet des gefährlichen Chemiewerks zur Produktion von Sprengstoff noch mehr als 40.000 Tonnen Schwefelsäure, Salzsäure, Salpetersäure und Ammoniak sind, deren Sprengung der Ökologie der Region irreparablen Schaden zufügen und alles Leben im Umkreis von 30 Kilometern vernichten würde. Die noch von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Ortschaften Lissitschansk, Sewerodonezk, Solotoje und Sewersk, wo mehr als 300.000 Menschen leben, werden davon betroffen sein.

18:15 de.rt.com: **Ort Borodjanka bei Kiew: 27 Tote unter Ruinen geborgen**

Die Bergungsarbeiten in der ukrainischen Kleinstadt Borodjanka gehen weiter. Nach der Bergung von 26 Leichen in Borodjanka, die nach Angaben der ukrainischen Staatsanwältin Irina Wenediktowa bislang unter den Ruinen der Häuser gefunden worden waren, meldet das ukrainische Nachrichtenportal [Klimenko Time](#) einen weiteren Toten.

Ganze Wohnviertel waren in der nordwestlich von Kiew gelegenen Stadt im Zuge der Kämpfe Anfang März durch verheerenden Artilleriebeschuss zerstört worden. Nach Angaben russischer Kriegsreporter habe die ukrainische Armee Borodjanka mit den Mehrfachraketenwerfern Grad und Smersch beschossen.

Das bestätigte ein nach Weißrussland geflohener Einwohner. Er warf vor laufender Kamera der Stadtverwaltung und den Einheiten der Territorialverteidigung Versagen vor. Sie hätten das ukrainische Feuer auf die Stadt provoziert. Dutzende Menschen seien in den Bombenkellern begraben worden. BBC sah dagegen die Schuld bei der russischen Armee. Nach Abzug der russischen Truppen aus dem Kiewer Oblast sprach die ukrainische Staatsanwaltschaft in Borodjanka von einem russischen Massaker an Zivilisten, das schlimmer als in Butscha sein soll. Einem abgehörten Telefonat zufolge haben westliche Journalisten jedoch auf den Straßen in der Stadt keine toten Menschen gesehen. Auch Einwohner und die örtliche Polizei konnten kein Massaker an Zivilisten bestätigen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/MU7yxaJBKTsBu0Uxodiqhb-nCOBn21oJKo0wE482mY9MgSKnE645i_IycGpKeHiVlkYc8QqXSfNFrCL24ZAEEngXFkCFNfLIZQuH_pFsCSBfWE2QB19HJ53F58TMRjlni8cgPJfR0aGKENsDo7SuKPQAZ4Nj3yyqr55X1uJ2QM20tQPXfrFXvFXFxWx14krm4JoXX7rzb8MS1arpcw4SoHwjqs1iA1zzA6kZiCF_ByZhYSBRYNyQvsUHaFn-5tPbaV-hFSjs9dKWZ0402P7V_irCWb0l8nZp-9u5ovzt2MAk3zRdn29KmO4-WlEoIqUbPdl2rte6W1Tdus9H1b9Fbw.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 9.4.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten, 6 wurden verletzt**. 34 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Nach Informationen von Einwohnern von Ugledar setzen die ukrainischen Nationalisten den **Terror gegen die Zivilbevölkerung** auf den zeitweilig von ihnen kontrollierten Territorien fort.

Am Morgen des 9. April haben zwei ukrainische Nationalisten in der Uliza Trifonowa 46 zum Zeitvertreib eine **Grante auf Mülltonen geworfen, bei denen sich zu diesem Zeitpunkt einer älterer Man befand. Er starb an Ort und Stelle an seinen Verletzungen.**

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen ukrainischen Kämpfer wurden, versuchen Sie, ein Video oder Foto von den Fällen zu machen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach Absenden der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrecher mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 39 ukrainische Nationalisten, 2 Feuerpositionen von 120mm- und 82mm-Mörsern, einen Panzer und einen Lastwagen vernichtet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass **in den letzten 24 Stunden 4 Verteidiger** der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht **starben, 23 wurden verletzt**.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:30 de.rt.com: **EU-Außenbeauftragter nach Besuch in Kiew: Waffenlieferungen wichtiger als Sanktionen**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell kehrt nicht mit leeren Händen von seiner Kiew-Reise nach Brüssel zurück. Im Gepäck hat er eine Wunschliste der Ukraine nach Waffen aus der EU, meldet die Deutsche Presse-Agentur. Darüber wird Borrell am Montag mit den Mitgliedstaaten sprechen.

Angesichts der erwarteten russischen Offensive in der Ostukraine drängt Borrell die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu, ihre Waffenlieferungen zu verstärken. Das komplette Territorium der Donezker und Lugankser Gebiete wird derzeit von den von Russland anerkannten Donezker und Lugankser Republiken beansprucht, es finden massive Kampfhandlungen statt.

"Legt den Schwerpunkt auf Waffenlieferungen", forderte Borrell am Samstag nach seinem Besuch in Kiew auf seiner Rückreise nach Polen vor Journalisten. "Sanktionen sind wichtig, aber Sanktionen werden das Problem der Schlacht im Donbass nicht lösen." Es sei klar:

"Der Krieg wird in der Schlacht um den Donbass entschieden."

"Dieser Krieg wird auf dem Schlachtfeld gewonnen werden. Weitere 500 Mio. € aus dem #EPF (dem sog. Europäischen Friedensfonds – Anm. d. Redaktion) werden vorbereitet. Die Waffenlieferungen werden auf die ukrainischen Bedürfnisse zugeschnitten sein", [schrieb](#) er auf Twitter.

Borrell geht davon aus, dass künftig auch ukrainische Soldaten für den Kampf mit westlichen Waffen ausgebildet werden. "Das wird kommen auf die eine oder andere Weise", sagte er. Die ukrainischen Soldaten kämpfen zu einem großen Teil noch mit Ausrüstung aus Sowjetbeständen. Das wird von westlichen Staaten wie Deutschland als Grund angeführt, dass die Lieferung bestimmter Waffensysteme keinen Sinn mache, weil die ukrainischen Streitkräfte sie nicht bedienen könnten. Eine Ausbildung auf ukrainischem Territorium gilt als zu riskant, weil das von Russland als direkte Beteiligung am Krieg gewertet werden könnte. Dies will die NATO bislang vermeiden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6251ab89b480cc31084495a1.jpg>

Dnronline.su: Die Tätigkeit der OSZE-Mission auf dem Territorium der DVR wird als unrechtmäßig anerkannt – Staatliches Komitee für die Verteidigung der DVR

Durch den Erlass des Staatlichen Komitees für die Verteidigung der DVR Nr. 5 vom 9. April 2022 wird die Tätigkeit der OSZE-Mission auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik als unrechtmäßig anerkannt und der Aufenthalt ihrer Vertreter als unerwünscht, mit Ausnahme von Personen, die bei der Umsetzung von Maßnahmen entsprechend diesem Erlasse eingesetzt werden.

Die Vertreter der OSZE-Mission sind verpflichtet, das Eigentum der OSZE-Mission abzutransportieren, alle finanziellen Verpflichtungen gegenüber Wirtschaftssubjekten, die in der Donezker Volksrepublik ansässig sind, zu erfüllen sowie weitere Handlungen auszuführen, die für die Beendigung der Tätigkeit der OSZE-Mission auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik notwendig sind sowie das Territorium der Donezker Volksrepublik spätestens bis zum 30. April 2022 zu verlassen.

21:00 de.rt.com: Prorussischer Autokorso in Stuttgart mit Russlandfahnen und "Kalinka"

In Stuttgart hat es am Samstag einen prorussischen Autokorso gegeben. Eine lange Autokolonne mit vielen russischen Fahnen auf den Motorhauben rollte durch die baden-württembergische Landeshauptstadt. Das Motto lautete: "Gegen die Diskriminierung Russisch sprechender Menschen". Die Demonstranten forderten "Stopp Russophobia" und wandten sich "Gegen die Diskriminierung russischsprachiger Kinder in den Schulen".

Bevor sich die Kolonne in Bewegung setzte, war unter anderem die russische und die deutsche Nationalhymne abgespielt und zu den Klängen des russischen Volkslieds "Kalinka" getanzt und gesungen worden. Zwischenfälle oder größere Verkehrsbehinderungen notierte die Polizei nicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6251cd74b480cc30c7746b58.jpg>

Das Ordnungsamt hatte zuvor strenge Auflagen erlassen: Es durfte bei dem Korso keine Verbindung zum Krieg in der Ukraine erkennbar sein. Angemeldet waren 190 Autos. Die Initiatoren der motorisierten Kundgebung bezeichneten sich als "Russischsprechende". Gegen den Autokorso hatten sich etwa 20 Personen zu einer Pro-Ukraine-Gegendemo versammelt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6251cd59b480cc305b682dc9.jpg>

Colonelcassad.livejournal.com (Boris Roshin): **In der letzten Nacht wurde ein weiterer Versuch unternommen, irgendwelche wichtigen Personen aus Mariupol zu evakuieren. Diesmal über das Meer.**

Das Verteidigungsministerium der RF über den Versuch eines Durchbruchs des Frachters „Apache“ nach Mariupol.

Um 22:38 Uhr Moskauer Zeit änderte ein Frachtschiff 30 km südöstlich von Mariupol abrupt seinen Kurs und versuchte zu dem von der Schwarzmeerflotte Mariupol durchzubrechen. Der ukrainische Frachter reagierte nicht auf die Aufforderung der russischen Grenzschrützer, sich über den internationalen Kanal mit ihnen in Verbindung zu setzen und fuhr weiter in Richtung des Hafens von Mariupol.

Artilleriewarnfeuer von zwei Grenzpatrouillenschiffen auf den Kurs des Schiffes führte nicht zu einer Kursänderung und einer Verringerung der Geschwindigkeit des Frachters.

Während der Fahrt zum Hafen von Mariupol führte das Schiff Funkverkehr und übermittelte die Nachricht „Ich bin Maniak, ich komme zu Dir“. Gleichzeitig wurden an der Küste Signalfeuer beobachtet.

Um die Fahrt des eindringenden Schiffes zu blockieren, eröffneten ein Schiff der Schwarzmeerflotte und die Grenzpatrouillenschiffe von 22:53 bis 23:30 das Artilleriefeuer auf den Frachter „Apache“.

Infolge eines direkten Treffers entstand auf dem Schiff ein Feuer im Heckbereich.

Danach trieb der ukrainische Frachter ab und die Besatzung kontaktierte die Grenzschutzschiffe mit der Bitte, das Feuer einzustellen und es bestätigte seine Bereitschaft, allen Forderungen der russischen Marinesoldaten nachzukommen.

In der Folge des Feuers gab es keine Verletzten unter der Besatzung des Schiffes. Der Brand konnte von der Schiffsbesatzung selbst gelöscht werden.

Nach einer Inspektion wurde der ukrainische Frachter „Apache“ in den Hafen von Jejsk eskortiert.

21:40 de.rt.com: **"Alles Russische muss demontiert werden": Mehrere Puschkin-Denkmäler in der Ukraine entfernt**

In den letzten zwei Tagen sind allein in der Westukraine mindestens zwei Denkmäler für den russischen Nationaldichter Alexander Sergejewitsch Puschkin entfernt worden. Das melden Telegram-Kanäle mit entsprechendem Fotobeleg.

"Alles Russische muss demontiert werden. Einschließlich des Denkmals für den russischen Schriftsteller", [sagte](#) der Bürgermeister von Ternopol Sergei Nadal.

Puschkin gilt als Schriftsteller, der moderne russische Literatursprache entscheidend prägte.

Die ukrainische Bevölkerung bleibt trotz repressiver Ukrainisierungsmaßnahmen bis heute mehrheitlich russischsprachig, in vielen Regionen im Osten des Landes sprechen die Menschen auch nach dem Verbot russischer Schulen fast ausschließlich Russisch. Die Diskriminierung der russischen Sprache durch Nationalisten war eine der Ursachen für den Donbass-Krieg, der vor acht Jahren begonnen hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625191da48fbef3bf03c7247.jpg>